

Beat Jans will Adoptionen im Ausland abschaffen – das Parlament bremst ihn aus

Motion der Rechtskommission Der Bundesrat dürfte mit seinem Adoptionsverbot scheitern, auch an zwei Direktbetroffenen.

Es hätte ein dankbares Geschäft für den asylgeplagten Justizminister Beat Jans werden können. Denn eigentlich sind sich alle einig: Das Leid von Kindern, die unter fragwürdigen Umständen aus dem Ausland adoptiert worden sind, darf sich nicht wiederholen. Gemäss neusten Erkenntnissen sind zwischen 1970 und 1999 wohl mehrere Tausend Kinder aus dem Ausland durch Kinderhandel, mit gefälschten Dokumenten, fehlenden Herkunftangaben oder durch andere illegale Praktiken zur Adoption in die Schweiz gebracht worden.

Der Bundesrat schlägt deshalb vor, Adoptionen aus dem Ausland künftig zu verbieten. «Bei Adoptionen ist das Wohl des Kindes höher zu gewichten als der Kinderwunsch der Adoptiveltern», sagte Jans Ende Januar, als er das Ansinnen vorstellte. Jans und der Bundesrat stützten

sich bei ihrer Entscheid auch auf die Erkenntnisse einer Expertengruppe. Diese kam zum Schluss, dass Missbräuche bei Auslandsadoptionen nie ganz ausgeschlossen werden können.

«Übers Ziel hinausgeschossen»

Doch nun grätscht das Parlament dem Justizminister dazwischen. Heute wird der Nationalrat höchstwahrscheinlich eine Motion seiner Rechtskommission annehmen, die dem Bundesrat ein solches Verbot verbieten will. In der Rechtskommission sprachen sich alle Parteivertreter ausser Jans' Parteikollegen der SP für dieses Vorgehen aus. Ein Verbot würde die betroffenen Familien stigmatisieren, fand die grosse Mehrheit.

«Der Bundesrat ist hier eindeutig übers Ziel hinausgeschossen», sagt SVP-Nationalrätin

Nina Fehr Düsel. Es gebe jährlich rund 30 Fälle von Auslandsadoptionen in der Schweiz. Angesichts dieser Fallzahlen mache ein Verbot keinen Sinn. Zudem gebe es auch viele Fälle, in denen Adoptionen für alle Beteiligten ein Gewinn sei, so Fehr Düsel.

Die grüne Nationalrätin Sibel Arslan spricht sich ebenfalls gegen das vom Bundesrat angestrebte Adoptionsverbot aus. «Verbieten nützt nichts, um Missbräuche zu bekämpfen», sagt sie. Als Antwort auf die teilweise krassen Missbräuche in der Vergangenheit brauche es strengere Rahmenbedingungen, weitere Aufarbeitung, harte Strafen für die Täter und Unterstützung für Betroffene, etwa bei der Suche nach den leiblichen Eltern.

Was Jans und seine Leute offensichtlich zu wenig bedacht hatten: Im Nationalrat selber gibt es zwei Direktbetroffene, die sich

ebenfalls gegen ein solches Adoptionsverbot einsetzen. EVP-Nationalrat Nik Gugger wurde in Indien geboren und von einem Schweizer Paar adoptiert. Er sieht seine Adoption als gelungen an und bezeichnet sein Leben als Glücksfall. «Ich hatte ein liebevolles Umfeld und habe Karriere gemacht», sagte er dieser Redaktion vor einigen Wochen. Gugger hatte eine Petition lanciert und mehrere Tausend Unterschriften gegen das drohende Adoptionsverbot gesammelt.

Vorbehalte gibt es selbst in der SP

Der zweite Direktbetroffene ist Mitte-Nationalrat Stefan Müller-Altermatt, der vor kurzem einen Buben mit Trisomie 21 aus Armenien adoptiert hat. Er sagt: «Die Adoption war das Beste, was ich in meinem Leben getan habe.» Müller-Altermatt ist überzeugt,

dass es besser gewesen wäre, «von Anfang an das Adoptionsrecht zu verbessern, statt über ein Verbot zu reden». Dem Bundesrat attestiert der Mitte-Nationalrat zwar gute Absichten: Beat Jans habe eine breite Diskussion anstossen wollen. «Doch er vergass, wer von einem solchen Verbot betroffen wäre: Eltern und Kinder.» Das sei einfach sehr emotional.

Selbst in Jans' eigener Partei, der SP, will man sich nicht vorbehaltlos hinter das Adoptionsverbot stellen. Sie lehne die Kommissionenmotion zwar ab, sagt SP-Nationalrätin Tamara Funiello. Allerdings nicht, weil sie Adoptionen unbedingt verbieten wolle, sondern vielmehr, weil sie das Vorgehen der Kommissionenmehrheit befremde. «Ein Verbot zu verbieten, das noch gar nicht in Kraft ist, ist doch seltsam.» Bevor die Politik zu

einem derart emotionalen und wichtigen Thema Stellung beziehe, müssten sich alle seriös mit dem Thema auseinandersetzen. Erst dann könne auch sie entscheiden, ob sie für oder gegen ein Verbot von Adoptionen aus dem Ausland sei.

Eine solche Debatte dürfte ohnehin stattfinden. Der Bundesrat lässt derzeit nicht nur eine Vorlage ausarbeiten, um Adoptionen zu verbieten. Parallel dazu will er auch Massnahmen erarbeiten lassen, um das Adoptionsverfahren strenger zu regeln. Beide Lösungsvorschläge will er in die Vernehmlassung schicken. «Damit soll die angestrebte breite gesellschaftliche Diskussion erreicht werden», schreibt der Bundesrat in einer Stellungnahme zur Motion, die sein Adoptionsverbot verhindern will.

Anja Burri